

Danziger Zeitung.

Nr. 16283.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse Nr. 4 und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitszettel oder deren Raum 20 P. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.



Beitung.

1887.

Abonnements auf die "Danziger Zeitung" pro Februar-März nimmt jede Postanstalt, so wie die Expedition Kettnerhagergasse 4 entgegen.

Telegramme der Danziger Ztg.

Berlin, 31. Januar. (Privatelegramm.) Ein Telegramm der "Schles. Ztg." in Dresden citirt das Gerücht, wonach von Sachsen der möglichst rechtzeitige Durchführung der Heeresergänzung gewisse Schwierigkeiten gemacht worden seien. Der Correspondent der "Schles. Ztg." informirt, dasselben könnten auf geheimen Einfluss Windthorst's zurückzuführen sein. Die offiziösen Beziehungen der "Schles. Ztg." sind bekannt.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 30. Jan. Gestern fand bei dem Minister des Auswärtigen, Flourens, ein Diner statt, zu welchem alle Botschafter und Gesandten Einladungen erhalten hatten; auch der deutsche Botschafter Graf Mühlster, der aus Cannes zurückgekehrt ist, nahm daran Theil; an das Diner schloss sich ein glänzender Empfang. — Der Präsident Grévy empfing gestern die madagassischen Abgesandten.

Sofia, 29. Jan. Die Regierung hat dem französischen Consul, der die Vertretung der russischen Unterthanen in Ostrumelien führt, davon Kenntnis gegeben, dass der russische Unterthan Nabokoff, Urheber der aufständischen Bewegung in Burgas, zum Tode verurtheilt ist; der Consul wird erjucht, diese Nachricht an die russische Regierung zu übermitteln.

Potsdam, 30. Jan. Nach dem heute ausgegebenen Bulletin befinden sich die Frau Prinzessin Wilhelm und der neugeborene Prinz nach einer guten Nacht fortwährend wohl.

Politische Übersicht.

Danzig, 31. Januar.

Die kaiserlichen Verhügungsworte.

Wir erhielten heute folgendes Londoner Privat-Telegramm:

"Nach einem Telegramm des Berliner Correspondenten des 'Standard' sagte der Kaiser am Donnerstag bei der Abdankung wörtlich zu den Generalen:

"Meine Herren! Die Reserven werden eingezogen, um instruiert zu werden im Gebrauch des Repetirgewehrs. Dies wird neue Kriegsgerüchte verursachen, aber ich kann Ihnen sagen, es wird keinen Krieg geben."

Wir begrüßen diese schönen Worte unseres erhabenen Monarchen mit Freuden. Das gerade der Kaiser es sich hat angelegen sein lassen, jeder Missdeutung dieser Maßregel vorzubeugen, ist ein Beweis dafür, dass die alarmirende Taktik einer gewissen Kreise selbst an höchster Stelle peinlich berührt hat. Hoffentlich bleibt dieser Wink nicht ohne Wirkung, und hoffentlich hört nun das zu Wahlwahlen inscirierte Kriegsgeschrei endlich einmal auf. "Es wird keinen Krieg geben." Diese Ausspruch aus dem Munde des Hertes des europäischen Friedens zerstört mit einem Schlag das Gebäude der bewusst oder unbewusst hervorgerufenen Beängstigungen. Dank dem Kaiser für seine Erklärung!

Die deutschen Baradenbauten.

Die Meldung der "Nat. Ztg.", dass auch die Reichsregierung gewissermassen im Wege der Repräsentation zur Errichtung von Militärbaracken schreiten werde, soll, wie Börsenblätter behaupten, zu der Glaubhaftigkeit an der Sonnabends-Börse in Berlin nicht wenig beigetragen haben. Es beweist das indessen nur, dass zwar alle Welt von dem Militärzeug spricht, dass man aber immer wieder vergibt, wie die Heeresverwaltung sich die Ausführung des Gesetzes denkt, obgleich der Kriegsminister in der Commission detaillierte Aufflüsse darüber gegeben hat, in welcher Weise vier Fünftel der Mannschaften, welche zur Verstärkung der Friedenspräfenz herangezogen werden sollen, gerade auf die an der Ost- und Westgrenze garnisonirenden Truppen verteilt werden müssen. Dass die vorhandenen Kasernen zur Unterbringung der Mannschaften nicht ausreichen, versteht sich von selbst. Die politische Lage wird dadurch nicht verwickelter, dass man sich vorübergehend mit Baracken behilft.

Gouvernementale Bekanntnisse.

In der conservativen Presse herrscht jetzt ein sehr interessanter Streit über die Aufnahme der neuen Bundesgenossen der Nationalliberalen. Das "Deutsche Tgl.", das stramme Agrarier- und Bimetallistenblatt, begrüßt im Gegensatz zur "Kreuz-

zg." die Nationalliberalen sehr freundlich und erwartet von ihnen vor Allem große Dinge auf dem Gebiet der Finanzen. Wenn sie auch vorläufig nicht für die Monopole seien, so könnten ja diese ruhen, bis zu einem Augenblick, der das Reich vor neue große Anforderungen stellt". Dann heißt es weiter: "Wir haben die nationalliberale Partei als eine ihrer Zeit positiv schaffende und von neuem hierzu bereit und wesentlich von diesem Gesichtspunkt aus ihre Verstärkung als wünschenswert bezeichnet. Rinnit dieselbe durch den Mund ihrer Führer in so bestimmter Weise, in Vorans gegen jedes Monopol-Project principiell Stellung, so darf man voraussehen, dass sie andere Mittel und Wege hat, der finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden und das sie die Verpflichtung anerkennt, mit destillären Vorschlägen hervortreten. Diese Vorschläge würden aber nur realisiert werden können mit Hilfe der conservativen Fraktionen und werden daher für diese annehmbar sein müssen. Herr v. Bennigsen ist in seiner Rede auf die Finanzfrage nicht weiter eingegangen. Dies ist erklärlich. Jedes positive Eingehen, jeder Vorschlag hätte einen programmatischen Charakter getragen, und der war im Hinblick auf die Wahlen zu vermeiden. Die Wahlfrage steht einfach: Septennat oder nicht? Ein Hineinziehen anderer Fragen würde nur den gemeinsamen Gegnern zu statthen kommen."

Da haben wir! Mit einer Offenheit, die nichts zu wünschen übrig lässt, wird hier dasjenige zugegeben, was wir immer in den Vordergrund gestellt haben: dass die Gouvernementalen absichtlich die Septennatsparole als allein maßgebend hinstellen, um hinter diesem Vorhang ihre eigentlichen Herzenswünsche zu verborgen. Diese jetzt fund zu thun, war also im Hinblick auf die Wahlen zu vermeiden". Das soll zu dauernder Erinnerung festgenagelt werden. Warum also hält man hinter dem Berge? Natürlich, man weiß ganz genau, dass mit den Monopol- und den anderen gubernementalen Plänen wenig Sympathien zu erwerben sind. Darum ist man sein still darüber. Sind die Wahlen vorbei, hat sich die Wählerchaft von der klingenden Septennatsparole befreien und bestimmen lassen zur Herstellung einer gefügigen Mehrheit, nun, dann wird diese Zurückhaltung schnell einer Action Platz machen, die das Volk mit Schrecken erfüllen wird.

Die Militärvorlage ist im neuen Reichstage jedenfalls in weniger als einem Monat erledigt.

Dann ist auch die Frage, auf welche das "D. T." die ganze Wahlbewegung basiren möchte, die Frage Septennat oder nicht, erledigt. Und was dann? Wenn wir eine gubernementale Majorität haben, glaubt wohl jemand, dass diese Majorität während der übrigen 35 Monate der Legislaturperiode wir wählen doch einen Reichstag nicht ad hoc, nicht speziell zur Erledigung des Militärgezes, sondern für alle 3 Jahre — müsste die Hände in den Schoß legen wird?

Und noch ein wertvoller Ausspruch befindet sich in den Worten des "D. Tgl.": Wenn die Nationalliberalen auf dem Gebiete der Steuerpolitik Vorschläge machen und durchbringen wollen, so müssen diese „für die Conservativen annehmbar“ sein. Das heißt auf deutsch nicht mehr und nicht weniger, als dass die Nationalliberalen sich einfach im Fahrwasser der conservativen Steuerpolitik bewegen müssen. Auch auf diesem Gebiet verlangen die Conservativen von ihren "Bündesgenossen" volle und unbedingte Unterwerfung, und trotzdem tröstet man sich auf nationalliberaler Seite noch immer vielfach mit der Illusion, auch in dem neuen Verbande einen Rest von Selbständigkeit bewahren zu können!

Wahl der Mittel.

Die nationalliberale "Magd. Ztg." schreibt: "Wie am Montag der Staatsposten für preußische Gefände, so hat gestern das Gehalt des Landwirtschaftlichen Ministers Veranlassung bieten müssen, um die Frage des Triennats und Septennats in breiterster Weise zu erörtern. Für die Abwicklung der Staatsberatung mag dieser Umstand nicht gerade förderlich sein. Aber der Zweck, einige neue Schlagworte ins Land hinaus zu werben, wird dabei erreicht, und um dieses Zwecks willen scheint man in den Mitteln immer weniger wählerisch zu werden."

Das ist einmal ein treffendes Wort — gegen den Fürsten Bismarck und die Führer der "Nationalen" im Landtage. Wenn man sich erinnert, wie der Herr Reichskanzler am vorigen Montag bei einem nicht entfernt mit der Militärfrage im Zusammenhang stehenden Staatsposten einen seiner Getreuen zum Hineinzerren derselben in die Debatte commandierte, um Anklage für seine Philippica zu finden, wenn man sich erinnert, in welchem Tone und mit welchen Argumenten er gegen die Opposition losging und in welch schier unglaublicher Weise die Herren Ennecerus und Eymann das in die Staatsdebatte gewaltsam hineingezogene Thema weiter varirtten, dann muss man allerdings der "M. Z." voll und ganz recht geben, dass es sich

frei Erfindung des Dichters. Historisch steht nur fest, dass Thymelius, die Gattin Arminis, in die Gefangenschaft der Römer geriet und später mit ihrem in der Gefangenschaft geborenen Sohn in dem Triumphzuge des Germanicus aufgeführt wurde. Über das weitere Schicksal der Thymeliusfürstin und ihres Sohnes Thymelicus schwieg die Geschichte. Die Lücke hat nun Halm durch eine Dichtung ausgefüllt, die ihm für die Charakterentwicklung Thymelius' einen interessanten dramatischen Stoff liefert. Er lässt Thymelicus früh der Mutter genommen werden und ganz in römischem Geiste, und, was noch schlimmer ist, in den Anschauungen eines verschroten Preisfiebers aufzuführen. Als Thymelius ihn wiederfindet, bemüht sie sich vergebens, in ihm das Bewussein der Verpflichtung wachzurufen, das ihm seine Abstammung auferlege. Der Conflict, der zwischen der Vaterlandsliebe und der Mutterliebe in ihrer Seele entsteht, ist ein echt tragischer und wird auch mit den Mitteln des Dramas gelöst. Ein Fehler ist es nur dabei, dass im Herzen des Thymelicus ein entsprechender Conflict nicht entsteht; er kann, wie er einmal geworden ist, die Mutter nicht verstehen, er versteht sie auch nicht und fällt schließlich als

nur um den Zweck handelt, "einige neue Schlagwörter in das Land hinauszutragen". Und wenn man die unbegründeten Anklagen des Reichskanzlers gegen die "reichsverrätherische" Fortschrittspartei stellt, wenn man im amtlichen Stenogramm lesen kann, dass z. B. Herr Ennecerus wörtlich sagte: "Die Fortschrittspartei hat die Armee um drei Armeecorps schwächen wollen, u. s. f., es ist dann allerdings klar, dass man in den Mitteln immer weniger wählerisch wird."

Zu bezweifeln ist nur, ob ein solches Gebaren den Zweck erreicht, die Wähler über die wahre Natur der Sachlage im Ungewissen zu lassen. Die Vorgänge vom 24. und 25. Januar sind vielmehr besser als manches anderes geeignet, ihnen die Augen zu öffnen.

Überseeische Bank.

Die Berathungen, welche vor acht Tagen bezüglich der Begründung einer Deutsch-Überseeischen Bank hier stattfinden, haben, wie unser Berliner A-Correspondent schreibt, diese Angelegenheit etwas gefördert. Es ist jedenfalls ein Statuten-Entwurf festgestellt, welcher alsbald weiteren Berathungen unterliegen wird. Ob und wann die Sache in den Bundesrat oder gar an den Reichstag kommen wird, ist im Augenblick noch gar nicht abzusehen. Bemerkenswert in der ganzen Angelegenheit ist nur der Umstand, dass es jetzt allerdings gelungen ist, den Reichskanzler, welcher dem Plane bisher mindestens zägernd gegenüberstand, denselben wenigstens bedingsweise geneigter zu machen.

Der Weg zum Ausgleiche.

Dem Plane der Botschafter-Conferenz in Konstantinopel zur Schlichtung der bulgarischen Angelegenheiten steht man in unseren maßgebenden Kreisen umso mehr anteilsvoll gegenüber, als ein derartiger Weg zum Ausgleich von hier schon seit längerer Zeit befürwortet worden ist. Man verspricht sich in Berlin, wie uns geschrieben wird, von den Verhandlungen einen guten Erfolg und will wissen, dass Russland in gemäßigter Weise vorgehen und sich den dringenden Vorfällungen der Mächte entgegenkommen beweisen würde. Freilich wird auch auf eine bedeutende Nachgiebigkeit der bulgarischen Regierung gerechnet und auf dieselbe eine unmittelbare Einwirkung befremdet. Man vermutet. Man wollte heute hier wissen, dass auch England jetzt bezüglich der Conferenz eine annähernde Stellung eingenommen habe.

England und die Bulgarenfrage.

Aus London geben der "P. C." über die Ausfassung des britischen Cabinets angeföhrt der neuesten Phase der bulgarischen Frage briefliche Mitteilungen zu, die durch den seither bekannt gewordenen Text der Thronrede und die letzten Erklärungen Lord Salisburys eine Bestätigung erhalten. Die englische Regierung, — so wird geschrieben —, ist entschlossen, die Haltung der Reserve, die sie bisher in den bulgarischen Angelegenheiten eingenommen hat, auch fürherhin zu beobachten. Die englische Regierung sieht es weder als ihre Aufgabe an, die Regierung etwa in ihrem Widerstand gegen Russland zu ermuntern, noch fühlt sie den Verlust, die sie zu einem Acte der Resignation oder der Selbstförderung zu preisen, besonders so lange keinerlei Garantie dafür geboten sind, dass ein neues Regime die Obrigkeit im Lande in derselben Weise vor Störungen zu bewahren im Stande sein wird, wie dies der gegenwärtigen Regenschaft und Regierung nachzurühmen ist. Der Vorste als der letzteren Macht wird ein volles Recht der Vermitlung zugewiesen; allein der Regenschaft sollte die Freiheit gewahrt werden, ihre Entschließungen nach freiem Ermessen und ohne irgend einen durch äußere Einflüsse verursachten Zwang zu treffen. Innerhalb dieses Rahmens wird England immer bereit sein, die friedliche Entwicklung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zu fördern und, so viel an ihm liegt, zur Hebung der bestehenden Verwicklungen und Schwierigkeiten beizutragen.

Über die Expedition zum Einsatz Emin Pascha's wird aus Cairo unter 27. ds. berichtet: "Mr. Stanley definiert seine Expedition als eine genau zur Unterstützung Emin Pascha's bestimmte, indem ihm Vorräte an Munition und Kleidungsstücke zugeführt werden. Dies ist er bereit zu unternehmen und ist auch sicher, es entweder vermittelst der Zanzibar- oder der Congo-Route ausführen zu können. Er gibt indeß augencheinlich der letzteren Strafe den Vorzug, da er den Punkt möglichst weit mit seinen Anstrengungen seiner Befreiung erreichen würde, und er im Stande zu sein hofft, sich Emin Pascha anzuschließen, ehe die

ein schuldloses Opfer. Recht hübsch ist in der Dichtung der Contrast dargelegt, in welchem das ideale Pathos der Thymelius zu dem halb wahnigen Wesen des Wütherichs Caligula und zu der Charakterlosigkeit des politischen Überläufers Flavius Arminius steht.

Die eigenliche Heldin der Tragödie, Thymelius, wurde am Sonnabend von Fr. Staudinger in ausgezeichnete Weise gespielt. Wenige Provinzial-Theater dürften eine gleiche Kraft für diese Rolle zur Verfügung haben. Schon ihre ganze Persönlichkeit, ein Abbild der Germania, macht die Heldengestalt der Gattin Armins wahrscheinlich. Ihre Declamation war edel und schön, und für alle Empfindungen des weiblichen Herzens, welche dazulegen sind, fand Fr. Staudinger den entsprechenden überzeugenden Ton. Die Darstellung fand denn auch die wärmste und lebhafte Anerkennung beim Publikum. Fräulein Fanto verdiente für die seine und anmutige Charakterisierung der Lycisca, die eine eigenhümliche Mischung von Leichtfertigkeit und von wahrer Empfindung darstellt, ebenfalls volle Anerkennung. Auch die beiden anderen Frauenrollen der Casonia und der Namis, fanden in den Damen

Nachricht von der Expedition Muanga erreicht von dem er Schwierigkeiten befürchtet, falls die Zanzibar-Route gewählt wird. Der Widerstand von Muanga wird nicht sowohl wegen Emin Pascha's oder der Expedition befürchtet, sondern weil dadurch die Missionäre gefährdet werden könnten. Angenommen, dass man sich für die Congo-Route entschließe, dann würde Stanley 5 Tage in Zanzibar bleiben, und 20 Tage später den Congo erreichen. Eine Reise von 50 Tagen durch die Congostäaten, hauptsächlich per Dampfer, würde die Expedition anfangs Mai innerhalb 400 Meilen von Emin Pascha bringen, und Stanley hofft, Mitte Juni mit letzterem zusammenzutreffen. Mit der Ablieferung der Mittel zum Widerstand an Emin Pascha würde der Zweck der Expedition erfüllt sein.

"Falls" — sagt Stanley — "er die Gegend zu verlassen wünscht, dann werden wir warten, um ihn nach der Seestaff zu escortieren. Wir werden die ganze Gesellschaft ohne Schwierigkeit befürden, und ich würde wahrscheinlich nach der Zanzibar-Route aufbrechen, weil auf der Rückkehr kein Widerstand geleistet werden dürfte." Mr. Stanley spricht mit der größten Zuversicht, ja, fast mit Gewissheit, von dem Erfolge seiner Anstrengungen.

Die Beantwortung von Anträgen und Petitionen seitens der Regierung.

Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Uebersicht der von der Staatsregierung gefassten Entschlüsse auf Anträge und Resolutionen des Hauses der Abgeordneten aus der Session des Jahres 1886 enthält zum grössten Theil Entschlüsse der Regierung auf Beschlüsse, die das Abgeordnetenhaus in Folge von Petitionen gefasst hat. Anträge aus der Mitte des Hauses selbst sind nur wenige darunter.

Bekanntlich hatte der Abg. Knebel einen Antrag eingebracht, der Ausbeutung und Überexploitation entgegenzutreten, welcher die wirtschaftlichen schwächeren Bevölkerungsschichten, namentlich auf dem Lande, bei Geld- und Creditgeschäften, sowie bei dem Handel mit Grundstücken und mit Vieh vielfach verfassen, sowie auf Errichtung von communalen Sparstellen in allen Theilen der Monarchie, durch welche sowohl der Sparfonds gefördert, als auch dem gesunden Creditbedürfnisse der kleineren Besitzer Rechnung getragen werden kann. Das Abgeordnetenhaus hatte dazu beschlossen, die Regierung zu erufen, nach Möglichkeit dahin zu wirken, dass in allen Theilen der Monarchie communale Sparstellen errichtet werden, durch welche sowohl der Sparfonds gefördert, als auch dem gesunden Creditbedürfnisse der kleineren Besitzer Rechnung getragen werden kann. Die Regierung antwortete darauf, dass durch Circulareris des Ministers des Innern vom 6. Juni 1886 die Oberpräidenten veranlasst werden, dass darauf hinzuwirken, dass die Communal-Sparstellen resp. ihre Filialen und Annahmestellen thunlichst vermehrt und Einrichtungen getroffen werden, welche — soweit dies mit dem Hauptziel der öffentlichen Sparstellen, der Hebung des Sparfonds, und vor allem mit dem streng zu befolgenden Prinzip der Sicherer Anlegung der Gelder vereinbar ist — eine Befriedigung des gesunden Creditbedürfnisses der kleineren Besitzer ermöglichen.

Auf den Antrag des Abg. Dr. Kroyatschek auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Gleichstellung der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Lehranstalten mit den an Anstalten staatlichen Patronats, hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen, die Regierung aufzufordern, in der nächsten Session dem Hause der Abgeordneten einen Gesetzentwurf, bet. die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Lehrer an den öffentlichen nichtstaatlichen höheren Lehranstalten mit der Pflege vorzulegen, dass derselbe sich gründet auf Beitrag der betreffenden Lehrer und der zur Unterhaltung jener Anstalten verpflichtet. Die Regierung antwortet, dass die eingelegten Verhandlungen noch nicht zum Abschluss gelangt seien.

Von Petitionen sind zu erwähnen: Auf eine Petition von Handwerkern und Innungen aus Köln, Berlin und anderen Orten der Monarchie um Neuregelung des Beschäftigungsweises der Gefangenen beschloss das Abgeordneten-Haus unter Anerkennung der Notwendigkeit einer den Zwecken der Strafrechtspflege entsprechenden Beschäftigung der Strafgefangenen die Petitionen der Regierung zur Erwögung in der Richtung auf eine zweckmäßige, die freie Erwerbstätigkeit möglichst wenig schädigende Arbeitsorganisation der Strafanstalten zu überweisen und zu gleich anhängig zu geben, bei der öffentlichen Verbindung der Gefangenearbeit die Innungen vorzugsweise zu berücksichtigen. Die Regierung antwortet, dass sie bei ihrem bisherigen, seitens ihrer Com-

Erna und St. Maire gute Vertretung. Dr. Ernst stellte den Thymelius mit aller jugendlichen Lebendigkeit, Kraft und Leidenschaft, welche die Partie fordern, aus, aber auch mit einer gewissen ungehobelten Treuerzigkeit und dem Weinen eines Menschen von subalterner Lebensstellung, welche durchaus dem Geist der Rolle entsprechen. Auch Dr. Ernst verdiente und fand für seine treifliche Darstellung wieder lebhaften Beifall. In sehr bestimmter und witzamer Bezeichnung gab Herr Kolbe ein Bild des von seinem Gewissen gesetzten Kaisers Caligula. Mit Wärme und Kraft stellte Dr. Bach den Deutschen Merowig aus. Von den übrigen nicht bedeutenden Rollen heben wir den Titus Marcus des Hrn. Malloth, den Flavius Arminius des Hrn. Werber und den Glabrio des Hrn. Reith hervor.

Wir benutzen die Gelegenheit, um auf das morgen stattfindende Benefiz für Herrn Ernst hinzuweisen: Goethe's "Egmont" mit der herrlichen Beethoven'schen Musik. Dr. Ernst hat so oft die Beziehungen lebhaftester Theilnahme seitens unseres Publikums erhalten, dass sie ihm sicher an seinem Ehrenabend nicht fehlen

nissarien in der Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 26. Mai 1886 näher dargelegten Standpunkt beharre. Was den Antrag betrifft, die Immunitäten bei der Verbindung der Gefängnisarbeit vorzugsweise zu berücksichtigen, so wird demselben gern Folge gegeben werden, sofern die Immunitäten sich den gleichen Bedingungen wie die Privatunternehmer in Hinsicht auf die Regelung des Arbeitsbetriebes und auf die Sicherstellung der Verwaltung wegen Berichtigung des Arbeitslohnes unterwerfen.

Am 2. Juni hatte das Abgeordnetenhaus der Regierung verschiedene Petitionen von Bauern und rheinischen Brauervereins um gesetzliches Verbot der Verwendung von Surrogaten bei der Vorbereitung zur Berücksichtigung überwiesen. Der Bescheid der Regierung auf diesen Beschluss lautet: die Erwägungen seien doch nicht abgeschlossen. Auf die der Regierung zur Berücksichtigung überwiesenen Petitionen um gezielte Regelung des Pensionswesens der Lehrer an Mittelschulen, Vorstufen höherer Lehranstalten und Töchterschulen antwortet die Regierung: die Regelung des Pensionswesens der Lehrer und Lehrerinnen an solchen öffentlichen Schulen, welche weder zu den höheren Lehranstalten noch zu den Volkschulen gehören, ist in Erwägung gezogen, die eingeleiteten Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Aehnlich lautet der Bescheid auf Petitionen von Reallehrern und Zeichenlehrern an höheren Lehranstalten um anderweitige Regelung ihrer Gehalts- und Anstellungsverhältnisse. Die Petition von Volkschullehrern wegen anderweitiger Normierung der staatlichen Alterszulagen für Elementarlehrer sind als Material für die derzeitige gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der Volkschullehrer zu den Ministerialacten genommen worden. Eine Petition von 408 seminaristisch gebildeten Lehrern an höheren Lehranstalten um Aufbesserung ihres Gehalts und um Regelung ihrer Ascensionsverhältnisse hat die Regierung zur Kenntnis genommen. Petitionen von Kommunalbeamten um Verbesserung ihrer Dienstverhältnisse und um Regelung ihrer Pensions- und Rentenverhältnisse sind als Material für die einschlägige Gesetzgebung benutzt worden. Auf eine Petition der exantiranten Apotheker Blasen und Genossen um vollständige Freigabe des Apothekergewerbes hatte das Abgeordnetenhaus beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ihren Einsturz dahin zu verwenden, daß eine baldige reichsrechtliche Regelung der Apothekerfrage stattfinde, und bis zu dieser reichsrechtlichen Regelung in Preußen nur noch persönlich und unbedauerlich Concessionen ertheilen zu wollen. Die Regierung antwortet: Erwägungen sind eingeleitet. Das Abgeordnetenhaus hatte eine Petition des Abg. Letocha betreffend Gewährung von Fahrpreismäßigungen für die Böttigler von Wagenhäusern zum Zwecke des Bruches ihrer Angehörigen in den Ferienzeiten der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die Regierung antwortet, daß die erforderlichen Ermittelungen eingeleitet seien.

Schließlich hat das Abgeordnetenhaus eine Petition von Wittwen und Angehörigen der am 26. Juni 1885 auf der Grube Dudweiler ums Leben gekommenen Bergleute wegen Zuwendung von Wohlthaten nach Maßgabe des Unfallversicherungsgesetzes der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, worauf die Regierung antwortet, daß sie die Bergwerksdirektion zu Saarbrücken angewiesen habe, alle bei derselben zur Vorlage gelangenden Unterstützungsgeschäfte von Wittwen und Angehörigen der seit 17. März 1885 auf den Saarbrücker Steinbrüchen ums Leben gekommenen Bergleute einer wohlwollenden Prüfung darüber, ob Fälle außerordentlicher Bedürftigkeit vorliegen, zu unterziehen und dementsprechend Unterstützungsanträge zu stellen.

Deutschland.

Berlin, 30. Januar. Die Commission zur Beratung des Antrags der Abg. Lieber und Gen. wegen Vermehrung der Zahl der Fabrikinspectoren begann vorgestern ihre Berathungen in Gegenwart des Regierungs-Commissars Ch. Ober-Regierungs-Rath Lohmann. Abg. Letocha stellte den Antrag, die Regierungsvorsteher müßten der Commission spezielle Angaben über die Zahl der Inspectorsbezirke, der in denselben beschäftigten Arbeiter unter Angabe des Geschlechts, ferner über die in dem Bezirk stattgefundenen Unfälle und über die Thätigkeit der einzelnen Fabrikinspectoren vorlegen. Geh. Rath Lohmann erklärt sich bereit, den Antrag zur Kenntnis der Regierung zu bringen, glaubt aber, daß das geforderte Material nur schwer zu beschaffen sein werde. Dieser Auffassung schließt sich der Vorsteher, Geh. Reg.-Rath Althaus, seinerseits an. Abg. Letocha bezeichnet als Bezirke, in welchen eine Mehrzahl der Zahl der Fabrikinspectoren notwendig sei u. a. den Bezirk Berlin und Charlottenburg, Bezirk Magdeburg und Bezirk Oppeln. Geh. Rath Lohmann gibt eine Skizze der Entwicklung des Instituts der Fabrikinspectoren, deren Zahl in der letzten Zeit in Preußen ohnehin schon vermehrt worden ist. Durch das Unfallversicherungsgesetz sei die Unfallverhütung der Berufsgenossenschaften übertragen worden, die Regierung hoffe, daß die Berufsgenossenschaften auf diesem Gebiete eine energische Thätigkeit ausüben würden. Bei der Vermehrung der Zahl der Fabrikinspectoren müßte auf die Berufsgenossenschaften Rücksicht genommen werden. Uebrigens sei die Regierung auch jetzt schon bemüht, durch Anstellung von Assistenten den vorhandenen Überständen abzuholen. Abg. Dötz gibt zu, daß die Unfallverhütung in Zukunft Sache der Berufsgenossenschaften sein werde, aber diese Seite der Thätigkeit der Fabrikinspectoren sei nicht die allein wichtige. Die Thätigkeit der Ortspolizei in Überwachung der Fabriken sei eine minimale, den Polizeiorganen fehle in den meisten Fällen auch die technische Einsicht. Sollte die Regierung es ablehnen, die verlangten Angaben zu schaffen, so müsse die Commission sich selbst bemühen, das Material beizubringen. Der Reg.-Com. bezweifelt, daß die erlangten Zahlenangaben aus den Akten des Handelsministeriums zu beschaffen seien. Abg. v. Czerny hat erwartet, daß der Antrag gerade auf einer genaueren Kenntnis der Verhältnisse in den einzelnen Inspectorsbezirken beruhe, während jetzt erst das Material zur Beurtheilung dieser Verhältnisse herbeigeführt werden soll. Falls die Commission die Antwort der Regierungsvorsteher abwarten sollte, würde sie sich für lange Zeit vertagen müssen.

Abg. Goldschmidt weist darauf hin, daß nach § 78 des Unfallversicherungsgesetzes die Berufsgenossenschaften nur befugt seien, Vorstufen zur Unfallverhütung zu erlassen. So lange das Reichsgesetz nicht geändert sei, sei auf diesem Gebiete die Thätigkeit der Fabrikinspectoren nicht ganz zu entbehren, wie auch Geh. Rath Lohmann anerkennt. Nach weiterer kurzer Discussion vertritt die Commission.

* [Eine Sitzung des Staatsministeriums] hat vorgestern unter Vorsitz des Reichskanzlers, Ministerpräsidenten Fürsten v. Bismarck, stattgefunden.

L. [Nationalliberal für einen Socialdemokraten.] Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Nürnberg stellten die Nationalliberalen wie der „Correspondent v. u. f. Süddeutschland“ mittheilt, Commerzienrat Schönhäuser als ihren Kandidaten auf. Bisher ist der Wahlkreis durch den Socialdemokraten Grillenberger vertreten. Die Freisinnigen haben unlängst ihren früheren Kandidaten, Dr. Klemmer, wieder aufgestellt. Die Wiederwahl Grillenberger ist, wenn überhaupt, nur durch das Zusammengehen

der Nationalliberalen mit den Freisinnigen zu verhindern. Die Aufstellung eines besonderen nationalliberalen Kandidaten kommt lediglich dem Kandidaten einer Partei zu Gute, deren Führer im Reichstage erklärt haben, sie würden in der definitiven Abstimmung gegen das Militärgegesetz in jeder Form stimmen. Den Nationalliberalen ist also ein absoluter Gegner des Militärgegesetzes lieber, als ein Freisinner, der die Vorlage auf 3 Jahre bewilligt.

* [Urheber von Alarmgerüchten.] Kürzlich constatirten wir, daß selbst die „Kreuz-Ztg.“ sich darüber entrüstete, daß eine in Berlin erschienene „Conf. Corr.“ eine Reihe von Anfang bis zu Ende erfundener Schwundelnachrichten über französische Truppenzusammenziehungen an unserer Grenze verbreite habe. Wie nun das „Verl. Tagebl.“ nachträglich vernimmt, entstammen diese „gouvernementalen Wahlschwundeln“ nicht der „Conf. Corr.“, dem Organ der deutschconservativen Partei, sondern der, wie es scheint, neugegründeten „conservativen Zeitungscorrespondenz“, über deren Charakter und Herkunft der Umstand Auskunft giebt, daß sie verfaßt wird mit einem Begleittheirchen, welches die Unterschrift trägt: „Der geschäftsführende Ausschuß vereinigter Conservativer und Nationalliberaler.“ „Wie läßlich muß es, bemerkte dazu das „V. T.“, um die Sache der Cartellbrüder bestellt sein, wenn sie zu so freibolzen, glücklicher Weise aber nur kurzbeinigen Lügen ihre Zusucht nehmen?“

* [Wozu sich heutige deutsche Studenten „stürmisch begeistern“.] In einer großen Studentenversammlung in Leipzig erregte es nach dem Berichte der dortigen Lokalblätter stürmische Begeisterung, als der (auch in Berlin bekannte) Superintendent Park einen Bleistift zeigte, den ihm die Frau Fürstin Bismarck geschenkt.

* [Sammlung für die Socialdemokraten.] Die ungarnische Arbeiterpartei veröffentlicht einen Aufruf zu Geldsammlungen für Wahlzwecke der deutschen Socialisten; es heißt darin unter Anderem, ein Sieg der deutschen Socialisten bei den Wahlen wäre zugleich ein Sieg aller Arbeiter.

* [Ein Frühschiff des Monopols.] In Frankreich ist die Bündholzfabrication bekanntlich Monopol einer vom Staat concessionirten Gesellschaft. Der Preis für 1000 gewöhnliche Phosphor-zündhölzchen beträgt 1 Frs., dieselben sind aber größtentheils von so schlechter Qualität, daß schon seit langer Zeit allgemeine Klage hierüber in der Tagespresse geführt wird. In Folge dessen wurde das Partier städtische Laboratorium amtlich beauftragt, die Bündhölzer einer Prüfung zu unterwerfen. Es ergab sich hierbei folgendes Resultat: Die Bündhölzchen waren meistens schlecht aus Bitterespenholz geschnitten; von 1000 Hölzchen war bei 93 das Holz moosig und bei 321 schief zur Faize geschnitten, wodurch dieselben beim Ansetzen gewöhnlich abbrechen. Die in primitivster Weise bereitete Bündmasse war vielfach schlecht auf die Hölzer aufgetragen, so daß sich dieselbe sehr leicht beim Ansetzen ablöst, wenn die Bündhölzer nicht an einem absolut trockenen Orte aufbewahrt werden. — Wahrlieb eine liebliche Charakteristik dieser Monopolaushölzer!

* [Die Barackenbauten.] Dem „Journal des Débats“ zufolge werden in den Sperrorten der Ostgrenze Baracken errichtet, weil die Kasematten wegen der Nähe unbewohnbar geworden und zahlreiche rheumatische Erkrankungen vorgekommen sind.

* [Meichsteinbahnen.] Die zur Reichsstraße gelangte Isteinkahn abzüglich der Ausfuhrvergütungen und Verwaltungskosten beträgt bei den nachbeschriebenen Einnahmen bis Ende Dezember 1886: Zölle 164 827 781 M. (+ 9 377 010 M.), Tabaksteuer 8 109 896 M. (- 661 358 M.), Buttersteuer 17 104 690 M. (- 427 979 M.), Salzsteuer 27 695 230 M. (+ 595 946 M.), Brauntweinsteuer und Übergangsabgabe von Branntwein 27 424 932 M. (+ 268 321 M.), Brautwein und Übergangsabgabe von Bier 14 147 406 M. (+ 928 693 M.) Summe 259 310 035 M. (+ 10 075 638 M.) — Spielskartenstempel 713 522 M. (+ 4482 M.)

Halle, 28. Januar. Heute ist, allem Anschein nach auf höhere Veranlassung, der am schwarzen Brett der biegsamen Universität angebrachte Anschlag, betreffend die Reichstagswahl, wieder entfernt worden.

Braunschweig, 30. Januar. Die Candidaturen für die Reichstagswahl im Herzogthum Braunschweig sind wie folgt festgelegt worden: 1. braunschweigischer Wahlkreis Braunschweig-Blankenburg: Compromisocandidat der Deutschfreitümigen und Nationalliberalen Stadttrath Betemeyer; Candidat der Socialdemokraten der bisherige Abg. Blos. 2. braunschweigischer Wahlkreis Wolfenbüttel-Helmstedt: Der bisherige nationalliberale Abg. Senator Dr. Römer; Wahlkandidat der Socialdemokraten: Abg. Blos. 3. braunschweigischer Wahlkreis Holzminden-Gandersheim: Der bisherige deutschfreitümige Abgeordnete Baumgarten, Candidat der Nationalliberalen und Conservativen Amtsrichter Klemm.

Haderleben, 27. Januar. Der Haderlebener Kreistag war zu gestern einberufen, und hatte diese Sitzung infofern ein besonderes Interesse, als die deutsche Sprache zum ersten Male in dieser Kreisstadt ausschließlich zur Benutzung gelangte. Bissher war es nämlich den dänischgesinnten Mitgliedern der Kreisvertretung unbekommen, sich bei den Verhandlungen der dänischen Sprache zu bedienen. Nachdem die gestrigen Verhandlungen ohne jegliche Störung verlaufen, legte der Haderlebener Strunksager-Kjøbenhoved sein Mandat als Mitglied des Kreistages nieder.

Nienstadt a. d. H., 30. Januar. Der heute hier stattgehabte Parteitag der Nationalliberalen von Südwestdeutschland wurde von dem bisherigen Reichstags-Abgeordneten Dr. Bürlin mit einem Rückblick auf die Vorkommnisse vor der Auflösung des Reichstags eröffnet. Sodann ergriff Oberbürgermeister Miquel zu einer längeren Anprache das Wort, an deren Schlus er zum Candidaten für den Wahlkreis Kaiserslautern-Kirchheim-Bolanden aufgestellt wurde.

Arolsdorf, 26. Januar. [Landesvertrag.] Der biegsigen Zeitung wird als „verbürgt“ folgendes mitgetheilt: „Ein junger Mann aus einem unserer Nachbarorte stand als Dragoner in einer unserer westlichen Grenzgarnisonen. Derselbe kam auf irgend eine Weise öfter mit einem französischen Offizier zusammen und trat schließlich mit demselben in Briefwechsel, dessen Inhalt auf die Absicht, dem Offizier ein Reitergewehr zu verschaffen, schließen ließ. Das Vorhaben wurde entdeckt, der Dragoner ergriff die Flucht, wurde aber an der Grenze angehalten, an den mit dem Stempel des Dragoner-Regiments versehenen Stiefeln erkannt und an die Militärbehörde abgeliefert. Seine Verurtheilung zu einer längeren — wie es heißt zehnjährigen — Festungsstrafe war die Folge seiner verrätherischen That.“

Strasburg, 28. Jan. In der heutigen Nachmittagsitzung des Landes-Ausschusses gab die Budgetdebatte Ablauf zu einer Debatte über das Septennat. Bulach Sohn und Staatssekretär v. Hofmann sprachen für das Septennat, Winterer und Grad dagegen. Staatssekretär v. Hofmann constatierte, daß niemand im Hause widerprochen habe, als Bulach erklärte, daß er in der Eisenbahndirection, daß die Durchgangswagen von Boppo resp. Neusahrwasser nach Dirschau und

Österreich-Ungarn.

Wien, 28. Januar. Ein österreichisches Pferdeausfuhrverbot gilt für wahrscheinlich, weil die militärischen Autoritäten in Folge der Sperrung des deutschen Marktes eine übergroße Inanspruchnahme des österreichischen Pferdemarktes befürchten.

* [Frankreich.] Bei Beratung des Cultusbudgets wurde von einem radicalen Deputirten die Streichung dieses Budgets beantragt. Der Ministerpräsident Goblet bekämpfte den Antrag und sagte, die Frage der Trennung von Staat und Kirche könne nicht auf dem Wege einer Beschlusssatzung über das Budget gelöst werden; es bedürfe dazu eingehender Beratung und eines Spezialgesetzes. Die Kammer schloß sich den Ausführungen des Ministerpräsidenten an, nahm den ersten Artikel des Cultusbudgets mit 340 gegen 180 Stimmen an und genehmigte sodann noch die sechs folgenden Artikel. Die weitere Beratung findet nächsten Montag statt.

Paris, 30. Januar. Der „Soleil“ meldet, daß ein Soldat des 53. Regiments in Tarbes arrestirt und nach Bordeaux transportiert wurde, weil er in Beziehungen zur deutschen Regierung stehen soll. (?)

Polen.

Petersburg, 29. Januar. Das Gesetz betreffend die Besteuerung der Nebenrennen aus Eisenbahnauctionen ist zur Bestätigung gelangt. Nach demselben unterliegen die von der Regierung garantierten Nebenrennen einer Besteuerung von 5 % und die von der Regierung nicht garantirten Revenuen beziehungsweise Dividenden und Superdividenden von Eisenbahnauctionen einer Besteuerung von 3 %. Der Besteuerung unterliegen nicht die Nebenrennen aus den Actionen der Eisenbahnen: Warschau-Bromberg, Warschau-Wien, Warschau-Terespol, Dünaburg-Witebsk, Kurstd-Kiew, Orel-Witebsk, Tambow-Kostow, ferner der Lodz und der Borkow-Soloer Eisenbahn, sowie der Großen Russischen Eisenbahngesellschaft für die Linien Petersburg-Warschau und Moskau-Nischan. Die Revenuen der Actionäre der Großen Russischen Eisenbahn-Gesellschaft aus der Exploitation der Nikolaiabahn, Petersburg-Moskau, bleiben einstweilen ebenso wie von der erwähnten Besteuerung befreit. — Das Gesetz tritt hente in Kraft, der Betriebsmodus ist derselbe, wie bei der Capitalrentensteuer.

* [Die Würde der russischen Rechtsprechung.] Illustrirt man in der „Now. Br.“ durch folgendes Beispiel: Zwei Gerichtsexecutoren hatten kürzlich eine Flasche in ihre Hände. „Marshall!“ erklärte überzeugungsvoll der eine Exekutor, indem er den Inhalt probierte. „Nein, Portwein!“ entgegnete der andere. Da die Ansichten somit getheilt waren, probirten beide noch einmal. „Ich sage Ihnen ja, daß es Marshall ist!“ „Und ich sage Ihnen, es ist Portwein. Versuchen wir es nochmals!“ Das gleichzeitig dorthin kam, fragte der erste Exekutor. „Schreiben Sie schon lieber: eine leere Flasche!“ entgegnete schwer athmet der andere.

Von der Marine.

Viel, 30. Januar. Die Besatzung der überseeischen Flottilestationen wird im Geschißjahre 1887/88 voraussichtlich dieselbe bleiben wie im Vorjahr. Auf der westafrikanischen, der ostafrikanischen und der ostasiatischen Station verbleiben je ein Kreuzer und ein Kanonenboot, auf der australischen Station zwei Kreuzer. Außerdem werden im Frühjahr zwei Kanonenboote a. s. Erst für Stationsschiffe auf je 12 Monate ins Ausland gehen. Die west- und ostafrikanischen Stationen werden keine Stationsschiffe erbauen, nur eine Anzahl von Schulschiffen werden vorübergehend in dortigen Hafenplätzen die deutsche Flagge zeigen. Von den vier zum Kreuzergeschwader gehörigen Schiffen „Bismarck“, „Dresden“, „Carola“ und „Sophie“ werden dem Vermögen nach zwei in die Heimat zurückkehren und durch andere ersetzt werden. Außer dem Schulgeschwader bestehend aus den Schiffen „Stein“, „Moltke“ und „Prinz Adalbert“, welches bekanntlich dem Kreuzer „Nixe“ angehörtlich in den westindischen Gewässern, wird aber zum Herbst die Heimreise antreten. Als Schulschiffe werden zum Frühjahr 1888 eingelegte Revision zu Danzig vom 10. Mai 1886 eingelegte Revision für begründet zu erachten und demgemäß dieses Ergebnis aufzubauen, 2) in der Sache selbst das ersteamtliche Urteil des Kreis-Ausschusses zu Danzig dorthin aufrecht zu erhalten resp. abzuändern sei, daß die Verfügung des Amtsverfassers zu Sasse vom 15. März 1885, welche die Einstellung des übel Dämpfe verursachenden Regenerationssverfahrens bei 50 M. Strafe pro Tag verlangt, so weit in Fortfall kommt, als sie die qu. Strafe androht. Der Effect dieser Entscheidung geht dahin, daß die Fabrik für ihr Regenerationsverfahren als besonders concessionspflichtig erachtet ist und nunmehr das Verfahren der Concessionsförderung als chemische Fabrik eingeleitet werden muß.

* [Prozeß Cellulosefabrik.] In dem bekannten Verwaltungsprozeß der biegsigen Cellulosefabrik hat mehrmals die Ober-Verwaltungsgericht entschieden. Das leitstinständige Erkenntniß desselben, dessen Begründung noch nicht vorliegt, geht dahin, daß 1) die gegen das Urteil des Bezirks-Ausschusses zu Danzig vom 10. Mai 1886 eingeleigte Revision für begründet zu erachten und demgemäß dieses Ergebnis aufzubauen, 2) in der Sache selbst das ersteamtliche Urteil des Kreis-Ausschusses zu Danzig dorthin aufrecht zu erhalten resp. abzuändern sei, daß die Verfügung des Amtsverfassers zu Sasse vom 15. März 1885, welche die Einstellung des übel Dämpfe verursachenden Regenerationssverfahrens bei 50 M. Strafe pro Tag verlangt, so weit in Fortfall kommt, als sie die qu. Strafe androht. Der Effect dieser Entscheidung geht dahin, daß die Fabrik für ihr Regenerationsverfahren als besonders concessionspflichtig erachtet ist und nunmehr das Verfahren der Concessionsförderung als chemische Fabrik eingeleitet werden muß.

* [Bau der Weichsel.] Die Eisbrecherarbeiten werden, da bei der andauernd milden Witterung ein baldiger Eisgang zu erwarten ist, ununterbrochen fortgesetzt. Im Laufe des geistigen Tages hat man bereits Balschau passiert. Da das Eis aber auf dieser Strecke sehr stark verpackt ist, gehen die Arbeiten nur recht langsam von statten.

Auch sind die zahlreichen Untiefen und Sandbänke, die im Strome lagern, dem Vorwärtskommen recht hinderlich; denn an einzelnen Stellen hält es wirklich schwer, bei dem niedrigen Wasserstande eine Durchfahrt für die tiefergehenden Eisbrecher zu finden.

Das untere Ende der Weichsel, von der Mündung bis Bobnackerweide, ist von Ufer zu Ufer eisfrei.

* [Ein neue Verwaltungsordnung für das kirchliche Vermögen der evangelischen Landeskirche in den östlichen Provinzen des preußischen Staates wird in den nächsten Nummern des „Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblattes“, d. d. 15. Dezember 1886, veröffentlicht. Die Verordnung ist von dem evangelischen Oberkirchenrat in Gemeinschaft mit dem Generalsynodalvorstand erlassen.

* [Verhinderung Leichenbegängnis.] Am letzten Freitag, Nachmittags 2 Uhr, sollte auf einem Kirchhof in der großen Allee die Leiche des verstorbenen 72-jährigen Werkstellers August Ludwig Brants beerdigt werden; als man dieselbe zur Beerdigung nach dem Kirchhof brachte, fand man, obgleich alles rechtzeitig bestellt war, die Türen verschlossen und das Grab nicht gebrädet. Die Leiche mußte vorläufig in das Leichenhaus gelassen werden und konnte erst Sonnabend, 2 Uhr Mittags, versemt werden.

* [Grenzsteinsiedlung.] Der naturwissenschaftliche Verein der Provinz Posen hat aus Unabsicht seines am Sonnabend gefeierten 50jährigen Jubiläums u. A. Prof. Professor Vahl in Danzig zu seinem Ehrenmitgliede ernannt.

* [Zur Gesangbuchfrage.] Der Gemeinde-Kirchenrat der St. Marien-Oberpfarrkirche macht im „Int. Blatt“ folgendes bekannt: „Auf Grund mehrfach aus der Mitte unserer Gemeinde an uns ergangener Anfragen erklären wir hiermit, daß das Danziger Gesangbuch von 1841 (Verlag von A. W. Kasten) nach wie vor bei den Gottesdiensten in der St. Marien-Kirche gesucht wird und die Einführung eines neuen Gesangbuchs von uns nicht in Aussicht genommen ist.“

* [Die Ferien für die

und dann die einmal Prämien alle drei Jahre, wenn sie ferner in ihrer Stellung verbleiben, abermals zu prämieren und ihnen womöglich eine Unterstützung für die Tage des Alters zu gewähren. Bei der folgenden Prämierung erhielten 24 Dienstmädchen 15 M. nebst Ehrengarde, 15 Dienstmädchen 5 M. Prämie nebst Ehrengarde. Eine Altersunterstützung von je 10 M. erhielten dieses Mal neu vier Dienstboten.

[Gewerbe-Verein] Sonnabend feierte der Gewerbe-Verein in seinem Vereins-Hause das 56. Stiftungsfest, an welchem sich über 60 Herren beteiligten. Die einleitende Festrede hielt der Vorsitzende Herr Pfannenstiel mit dem Redner bedauert, daß der äußere Erfolg der Tätigkeit des Vereins im verflossenen Jahre in Folge geringer Anteilnahme der Mitglieder ein verhältnismäßig spärlicher war. Auch der Gewerbetag der Provinz Westpreußen, der im vorigen Jahre in den Manern Danzig tagte, habe leider nur wenig Beethilfe seitens der Vereinsmitglieder gefunden. Redner betraut dazu die Entwicklung der Fortbildungsschulen des Vereins, dankt für die gehaltenen Vorträge, gedenkt der verstorbene Mitglieder und schließt mit dem Wunsche, daß das neue Jahr dem Verein reichen Segen bringen und besonders ihm neue Freunde und Mitglieder in reicher Zahl aufzuzeigen möge. Sodann eröffnete der Schriftführer, Herr Hirschberg, den Jahresbericht. Der Verein zählt augenblicklich 451 Mitglieder. Die Gesammt-Einnahmen betrugen 9610 M., die Ausgaben 9567 M. Die Schulvermalzung hatte eine Einnahme von 943 M., dagegen eine Ausgabe von 6369 M. Das Vermögen des Vereins beträgt 72 533 M. Aus dem Bürgerunterstützungsfond wurden an 18 Hilfsbedürftige Spenden à 6 M. verteilt. Die Bibliothek enthält 2830 Bücher. Durch die Gottfried Emanuel Preuß'sche Stiftung konnten 21 Familien, 1 Witwe und 4 Witwen freie Wohnung gewährt werden. Das Wintersemester in der Fortbildungsschule begann am 18. Oktober v. J. und soll Ende März d. J. verbunden mit einer Ausstellung der Schülerarbeiten beendet werden. Die Totalsumme der Schüler beträgt 490. Die Mädchen-Fortbildungsschule war im Durchschnitt von 26 Schülinnen besucht — Nachdem hiermit der geschäftliche Theil erledigt war wurde ein Souper eingenommen, wobei zahlreiche Tochte ausgetragen wurden. Quartett-Sinfonie und Instrumental-Concert würden daneben das Maß. Auch wurde die Gesellschaft durch die von Herrn Verfasser Gaiing gehaltenen Vorträge aus Friks Reuter'schen Werken erfreut.

[Stadttheater] Als nächste große Opern-Aufführung bereitet unter Stadttheater Beethovens "Fidelio" vor. Die "Leopore" singt Frau Bauer-Hellmer, die "Marzelline" Fr. Forster, den "Florestan" Dr. Grunendorf. **[Unglücksfall]** Als die Chefrau des Schmiedemeisters H. aus Weßlau eine fest verloste, mit Wasser gefüllte Wärmflasche aus dem Ofen nahm, platzte die Flasche und die Frau verbrachte sich derselben, daß sie schwerpunkt darunter liegt. **[Neuer]** Gestern Abend 10 Uhr waren Melzergasse Nr. 18, erste Etage, Betten, Gardinen etc. in Brand gerathen. Durch einige Eimer Wasser wurde das Feuer schnell gelöscht.

[Polizeibericht vom 30.-31. Januar] Verhaftet: 1 Lebhaber wegen Diebstahls, 1 Junge, 1 Heizer, 1 Koch wegen grobem Unfug, 35 Döbbläufe, 7 Bettler, 2 Betrunke, 5 Dirnen, 2 Seelente wegen groben Unfug, 1 Drathübler, 1 Drehorgelspieler wegen Gewerbe-Contravention. — Gefangen: 1 zweitädiger Handwagen. — Gefunden: 1 Paar in einem Lappen Leimand, enthaltend 2 silberne Glöckchen, gr. D. Club, 2 Tischmesser und 1 Gabel, gegen Fenderlohn abzuholen hinterm Lagareth Nr. 10. Thüre 2 bei Frau Henriette Voltmann, ein paar defekte Siefel, abzuholen beim Schüler Hans Balzer zu St. Albrecht Nr. 6 gegen Fenderlohn. **[ph. Drisan]**, 31. Januar. Der biesige Gesangverein "Liedergruppe" hat in den 5 Jahren seines Bestehens den gemischten Chorgesang mit Eifer gepflegt und, unterstützt durch andere sangstüdige Kräfte, ein Concert veranstaltet, dessen Ueberzuschuß, falls ein solcher erzielt würde, zu gemeinnützigen Zwecken bestimmt war. Obgleich der Verein kein Vermögen besitzt, hat er dennoch ungestrichen in diesem Jahre ein Concert unternommen, welches bei dem Mangel eines geeigneten Orchesters am Orte große Kosten verursacht; es wird nämlich am 6. Februar eine Aufführung des Oratoriums "Die Schöpfung" von Haydn stattfinden, wobei das Orchester des Herrn Böhl Marienburg mitwirkt; die Soziet haben Concertsängerin Frau Küller, Herr Reutener aus Danzig und Herr Frederking aus Bromberg übernommen. Die gesanglichen Leistungen der beiden ersten genannten haben schon an anderer Stelle ihre volle Würdigung gefunden, so daß es nicht nötig ist, hier noch besonders darauf hinzuweisen; in Herrn Frederking werden wir einen in Bromberg gern gehörten Bassisten kennen lernen. Der Chor, welcher 70 Sänger und Sängerinnen zählt, ist seit fast 3 Jahren unter Leitung seines eifigen und energischen Dirigenten mit der Einübung der Gesangsmöglichkeiten beschäftigt, und es läßt sich, alles dies zusammengezogen, erwarten, daß diese Aufführung zum mindesten hinter denen der früheren Jahre nicht zurückstehen wird.

[Marienburg], 30. Jan. Von der großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktion-Gesellschaft wurden gestern hierher durch Herrn Betriebs-Inspector Pundt circa 100 Pferde, die fast sämtlich von Pferdehändlern der Nachbarstädte hierher gebracht waren, angekauft und wurde für dieselben ein Durchschnittspreis von 600 M. gezahlt. **[Christburg]**, 30. Januar. In der letzten Stadtverordneten-Versammlung wurde zum Vorsteher der Rentier Ludwig, zum Stellvertreter der pract. Arzt Dr. Brinckmann gewählt. Der Rat, welcher in Einsicht und Aussage mit 31 370 M. abschließt wurde geschnitten. Die Summe muß fast ganz durch Kommunalsteuer ausgebracht werden. Der bisherige Aufschlag zur Klasse- und Einommensteuer beträgt 460 %. Nach einem Ueberlage des Steuer-Erhebers reicht dieser Prozenttag zur Deckung der Kommunalbedürfnisse für das nächste Jahr nicht mehr aus, und es wird eine Erhöhung wohl stattfinden müssen. — Der biesigen freiwilligen Feuerwehr sind zur successiven Anschaffung von Feuerlösch- und Rettungsinstrumenten Seitens der städtischen Behörden alljährlich 101 M. überwiesen worden. — Der biesige Vorstand-Verein ist Seitens des Finanzministers mit seiner Gewerbesteuer-Reklamation endgültig abgewiesen worden. — Das gestern hier abgehaltene Treibjagen auf der städtischen Feldmark ließte nur 17 Hasen.

[Aus dem Kreise Stuhm], 30. Januar. Am 6. I. feiern der Franz Pawlowitsch'sche Ehelute zu Dorf Altmark ihre goldene Hochzeit. Zur Veranstaltung einer Familienfeier ist dem Ehepaar vom Kaiser ein Gnadengelehr von 30 M. zu Theil geworden. — Den Rittergutsbesitzer v. Brodowic-Dominienski'schen Eheluten zu Dobendorf, welche morgen das gleiche Fest feiern, hat Se. Majestät die silberne Ehejubiläums-Medaille verliehen.

[Aus dem Kreis Marienwerder], 30. Januar. Nach § 20 des revidirten Statuts für die Sparkassen des Kreises Marienwerder werden für jede Mark dem Einleger 3 1/2 % jährlich an Zinsen gewährt. Außerdem werden die Zinsüberhöchste, welche der Kreissparkasse nach Deckung der Verwaltungskosten am Jahresabschluß verbleiben, zur Hälfte den Sparkassen-Interessenten, insoweit deren Entnahmen bereits beim Beginn des Rechnungsjahrs vorhanden waren, anteilig und zwar von voller Mark in vollen Pfennigen als eine besondere Dividende gezahlt bezügl. des Conto, ausgeschrieben. Diese Dividende beträgt pro 1886, wie jetzt festgestellt, 1 1/2 %, so daß die Sparkassen-Interessenten an Zinsen und Dividende 3 1/2 + 1/2 zusammen 4 % pro 1886 beziehen.

[Dr. Eylan], 30. Jan. Die der "Dara Bzg." aus Röthenberg eingeladene Nachricht, daß im Wahlkreis Röthenberg-Löbau die Liberalen von Aufstellung eines eigenen Kandidaten absehen werden, ist nicht aufzutreffend; die Liberalen werden vielmehr, ebenso wie 1881 und 1884, im ersten Wahlgang für einen Deutschnationalen stimmen, und es wird in einer am Donnerstag in Dr. Eylan stattfindenden liberalen Wählerversammlung die Kandidaten vorgeschlagen werden.

[Gründen], 31. Januar. Heute fand eine Generalversammlung des liberalen Wahlvereins im Schützenhaus statt. Es standen auf der Tagessordnung 2. Versprechung der Reichstagswahl, b. Vorstandswahl. Den Vorstand in der Versammlung führte Herr Reichsanwalt Dr. Buch. Zuerst teilte er ein Schreiben des Herrn

Hobrecht mit, als Antwort auf die von Herrn Wagner an leichten gerichteten Fragen in Betreff 1) Änderung des bestehenden allgemeinen direkten geheimen Wahlrechts, 2) Verlängerung der Legislaturperiode, 3) Verlängerung der Staatsperioden, 4) Verhinderung der Redefreiheit und Immunität der Abgeordneten, 5) Einführung von Monopolen und monopolähnlichen Einrichtungen, 6) Einführung des Militär-Referats. Die Antwort lautete ungefähr folgendermaßen: Ich bin zwar der Meinung, daß die gesammte politische Vergangenheit eines Mannes besser Bürgeschaft für sein weiteres Verhalten bietet, als in irgendwelchen Versicherungen gefunden werden könnte. Ich nehme aber keinen Anstand daran zu erkennen, daß ich mich wiederholt gegen Änderung des bestehenden Wahlrechts, wie gegen Verlängerung der Staatsperioden, gegen Verhinderung der Redefreiheit und Immunität der Abgeordneten, gegen Monopole ausgeworben habe und nicht Wissen bin, meine Stellung zu diesen Fragen zu ändern. Von Einführung des Militär-Referats wird zwar nicht die Rede sein, ich werde aber jedenfalls an dem Septeniat festhalten. Hieran beauftragt Herr Reichsanwalt Hagen folgende Resolution: "Der liberale Wahlverein beschließt, den Staatsminister Hobrecht als alleinigen Kandidaten aller Deutschen anzunehmen und begründet dieselbe in längerer Rede. Nach eingehender Debatte wurde die Resolution gegen einige abwehrende Stimmen angenommen und zum Besluß erhoben. Die Vorstandswahl wurde bis Ausgangs März vertagt. Hieran füllt sich die allgemeine liberale Wahlerversammlung, welche im Allgemeinen ein gleiches Resultat hatte. In ihr führte Herr Reichsanwalt Hagen den Vorstand.

[Branden], 29. Januar. Am 27. November 1882 wurde vom biesigen Schwurgericht der Kreisfranz Trzynski aus Osie, welcher seinem Schwiegervater eines Abends aufgelauert und ihn mit einer Wagenrute erschlagen hatte, wegen Mordes zum Tode verurtheilt; am 29. November, drei Tage vor der Hinrichtung der Raubmörder Karl und Johann Trzynski, gelang es ihm aber in Folge der Geschäftslösung eines Gefangenenwärters, aus dem Gerichtsgefängnis zu entkommen, und bis heute ist man seiner noch nicht wieder habhaft geworden. Auf die Ergreifung des Mörders ist nun eine Belohnung von 300 M. ausgeteilt. (Gef.)

[Mewe], 30. Jan. Die biesige Credit-Gesellschaft wird dem Vernehmen nach in der Lage sein, für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 9 Proc. zur Vertheilung zu bringen.

[Von der Kanu-Bar, 30. Januar. Die Eisdecke ist bei in Folge des Thauwetters stark abgenommen, und es müssen die Postwagen das Ueberfahren heute Abend einstellen, mit anderen Fuhrwerke (leichte Ladung) wird es noch einige Tage geben. Das Wasser nächst langsam; heute 1,48 Meter (gegen vorgestern Abend = 1,31 Meter). Der Traject wird jetzt bei Tag und Nacht zu Fuß über die Eisdecke für Personen und Postsendungen aller Art bewirtschaftet.

[Für den Wahlkreis Thorn-Kulm] sind jetzt von Conservativen und Nationalliberalen an Stelle des Hrn. Wegner-Ostaszewo, der bekanntlich abgelehnt bat, die Herren Dommes-Sarnau und Meißner-Sägerau als Kandidaten in Vorschlag gebracht worden. Die Auswahl unter den beiden Herren soll eine auf den 6. Februar nach Kulmee beruhende Wähler-Versammlung treffen. Von Seiten der Pole wird Dr. Sczaniecki wieder aufgestellt, welcher sich zur Annahme des Mandates bereit erklärt hat. — Für den Wahlkreis Schleswig hat eine Vertreterin-Wähler-Versammlung Hrn. Holtz-Berlin als deutschen Kandidaten aufgestellt. — Im Wahlkreise Oelsz-Pys-Johannisburg hat die freisinnige Partei Hrn. Seydel-Chelchen aufgestellt.

[Strasburg], 30. Januar. Zwei größere Güter des biesigen Kreises sollen aus den Händen der Pole in die der Deutschen übergehen. Die Ansiedelungs-Commission wird, wie es scheint, nunmehr auch in unserer Gegend ihre Tätigkeit entwickeln. Denn dieselbe hat den Landrat Herrn Taetel beauftragt und ermächtigt, für ihre Zwecke die Güter Niewiers und Boorow zu kaufen. Über den Preis und die übrigen Bedingungen ist man bereits gestern einig geworden. Für das letztere der beiden Güter ist der Preis von 600 000 M. mit dem bisherigen Eigentümern v. Tzepki vereinbart worden. Es umfaßt eine Fläche von 2800 Morgen, und somit kostet also der Morgen fast 160 M. durchschnittlich; denn die Gebäude des großen Gutes haben, ja, wenn das Land an Colonisten vertheilt werden müssen, nur einer minimalen Wert. Uebrigens ist Boorowo durch seine Lage ausgezeichnet; fünfviertel Meilen von Strasburg entfernt, liegt es zwischen der Eisenbahn und der Chaussee nach Jablonowo, und hat außerdem noch den Bahnhof Neimowo in fast unmittelbarer Nähe. Für das andere Gut Niewiers, welches die Größe von 1800 Morgen hat, werden 269 500 M. gezahlt werden, was pro Morgen etwa 150 M. macht. Wenn daselbe auch eine gleich günstige Lage, wie das vorige hat, so hat es doch den Vorteil, erstens nur drei Viertel Meilen von Strasburg entfernt zu sein, zweitens aber führen die Chausseen nach Gollub und Thorn über das Gut und die dritte Chaussee nach Jablonowo ist von ihm aus leicht zu erreichen. Es stand bereits im Sommer des verflossenen Jahres zum gerichtlichen Verkaufe, stand aber bei der gegenwärtigen ungünstigen Lage der Landwirtschaft keinen Käufer und so blieb v. Wybici im Besitz seines Gutes.

[Königsberg], 29. Jan. Die biesige conservative Partei hat gestern beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen und für den Kandidaten der Nationalliberalen, Bürgermeister Hoffmann, zu stimmen. — In vergangener Nacht sind Haussuchungen bei Socialdemokraten abgehalten und dabei Flugblätter, welche sich auf die Reichstagswahl beziehen, beschlagnahmt worden. Gleichzeitig wurden in einer biesigen Buchdruckerei 1200 Exemplare eines eben gedruckten Flugblatts confiscat.

* In einer Petition an das Abgeordnetenhaus hatte in voriger Session der Magistrat zu Königsberg Beschwerde geführt gegen ein die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt in der Zukunft sehr gefährdendes Vorgehen der Königsberger Polizeibehörde, das allerdings durch den Bezirks-Ausschuß als gesetzlich berechtigt anerkannt war. Die Petition ging dahin, den Beschluss des Bezirkstheats aufzuheben, welcher ausspricht, daß ein Bedürfnis zur Feststellung einer Fluchtlinie für eine von der Tragheimer Pulverstraße in Fortsetzung der Kesselfstraße nach dem Mittel-Tragheim am südlichen Ende des Regierunggebäudes vorüberführende Verbindungsstraße als vorhanden anzunehmen sei. Auf den von der Gemeinde-Commission darüber erstatteten Bericht überwies das Abgeordnetenhaus die Petition der Regierung zur Berücksichtigung. Letztere hat jetzt darauf gegeben Antwort ertheilt: Auch bei erneuter Erwägung hat es für rechtlich unzulässig erachtet werden müssen, den Anträgen des Magistrats zu entsprechen. Die Provinzialbehörden sind indessen angemessen worden, in billiger Weise auf eine thäufige Schneide und die Finanzlage der Stadt berücksichtigende Ausführung der Vorschrift Bedacht zu nehmen.

[Bromberg], 30. Januar. Zwischen den Conservativen einerseits und den Conservativen und Nationalliberalen andererseits droht hier eine heftige Feindschaft auszubrechen. Der Vorstand des biesigen conservativen Vereins für den Stadt- und Landkreis Bromberg lädt zu einer Wähler-Versammlung am 13. Februar den Vorstand und die Mitglieder der nationalliberalen Partei, sowie alle patriotischen Wähler, welche nicht dulden wollen, daß die Sicherheit und Wehrkraft des Vaterlandes gefährdet oder der Spielball der Launen oppositionslustiger oder reichsfeindlicher Parlamentsparteien werde, ein, da in der selben sich der ultra-conservative Oberverwaltungsgerichtshof in Hannover vorstellen und seine Stellung zu den schwierigen Fragen darlegen wird. Darnach scheint es, daß Herrs Landschaft v. Dörgen, der Vorstand und die Seele unserer Conservativen, an den Vorschlag der Nationalliberalen: den Regierungs-Präsidenten v. Tiedemann als Reichstags-Abgeordneten-Candidaten aufzustellen, gar nicht fehren will. Es geht dies auch schon daraus hervor, daß von den Conservativen auch schon darunter mit dem Namen "Hahn" zur Vertheilung kommen.

[Dr. Eylan], 30. Jan. Die der "Dara Bzg." aus Röthenberg eingeladene Nachricht, daß im Wahlkreis Röthenberg-Löbau die Liberalen von Aufstellung eines eigenen Kandidaten absehen werden, ist nicht aufzutreffend; die Liberalen werden vielmehr, ebenso wie 1881 und 1884, im ersten Wahlgang für einen Deutschnationalen stimmen, und es wird in einer am Donnerstag in Dr. Eylan stattfindenden liberalen Wählerversammlung die Kandidaten vorgeschlagen werden.

[Generalversammlung des liberalen Wahlvereins im Schützenhaus] statt. Es standen auf der Tagessordnung 2. Versprechung der Reichstagswahl, b. Vorstandswahl. Den Vorstand in der Versammlung führte Herr Reichsanwalt Dr. Buch. Zuerst teilte er ein Schreiben des Herrn

hat die Familie eines biesigen Lehrers betroffen; die kleine Tochter lud die Eltern ihres Brüderchens mit einem Federhalter nebst Feder, drückte ab und traf dem kleinen Grade ins Auge. Das arme Kind wird wohl die Schrift des Auges verlieren.

Vermischte Nachrichten.

* **[Ruhländer-Ausstellungs-Lotterie]** Der Hauptgewinn ist, wie jetzt festgestellt, nach Frankfurt a. M. gefallen.

* **[Frisch Rävernick]**, der renommirteste Schnellläufer seiner Zeit, geht, leider wieder im Schnellwürt, seiner Ausbildung entgegen; der im besten Mannesalter stehende befindet sich im letzten Stadium der Lungenschwäche, ein Leiden, welches er sich infolge seiner Bravour-Distanzläufe angezogen. Rävernick hat den Schnelllaufsport so eigentlich zur Lusthe gebraucht. Der Ehrenmedaillen, die er von sportlichen Personen und von Sportclubs erhalten, sind viele; sogar der deutsche Kronprinz verlieh ihm eine Goldene Denkmünze.

* **[Millionen-Gesellschaft in Mannheim]** Nachr. starb die kinderlose Besitzerin der größten Brauerei Amerikas (Union-Brauerei) und hinterließ ein Vermögen von angeblich 9 000 000 Dollars. Der Besitzer eines kleinen Wein-Restaurants, früher Chef eines ersten Hotels in Mannheim, dessen Tante die Verstorbene war, wird sich mit noch fünf in ähnlichen Verwandtschaftsbeziehungen stehenden Personen in die Erbenschaft zu teilen haben.

[Halle a. S., 29. Jan. [Volapük.] Prof. A. Kirchhoff will sich der neuen Weltsprache annehmen. Er hat einen Leitfaden dazu geschrieben und eröffnet am 3. Februar hier einen unentgeltlichen Cursus, der 4—5 Stunden umfassen soll. Auf Wunsch will er auch in anderen Städten Cursus eröffnen. Sonderbare Schwärmerie!

[Lübeck, 29. Januar] In den jüngsten Tagen sind in biesiger Gegend zwei Fälle großer Robheit vorgekommen. Zu das Gefängnis zu Hagenow wurde vorgestern eine Kindermörderin, ein 22-jähriges Mädchen, eingeliefert. Dasselbe warf sein beinahe gebrechtes Kind den Schweinen vor, welche die Welen auffressen. — In Lauenburg a. d. Elbe fuhr gestern ein Arbeiter seine Mutter, welche er bisher ernährt hatte, auf einer Schubkarre zum Polizeibureau, um dort deren Aufnahme ins Armenhaus zu erbitten. Da die alte Frau sich gesträubt hatte so stand sie der Sohn fest. Im Armenhaus erkrankte die Frau vor Aufregung; sie hat bereits ihren Geist aufgegeben.

[Weitens], 28. Januar **[Verschwundener Geldbrieftausch]** Mit dem vorgestern Abend 9 Uhr 53 Min. von Eisenach hierankommenden Personengespann war unter anderem Postfachen auch ein Geldbrieftausch mit ca. 6500 M. Inhalt eingegangen und vorschriftsmäßig von dem ehemaligen Postbeamten in den Postwagen unter Verschluß gebracht worden. Als auf dem Postamt der Wagen geleert wurde, fehlte der Geldbrieftausch. Die sofort eingeleitete Untersuchung hat bis jetzt keinen Anhaltspunkt über den Verbleib des wertvollen Objekts ergeben, jedoch hört man, daß der Inhalt der abhanden gekommenen Geldbriefe bereits festgestellt ist.

[Paris, 27. Jan. In der letzten Sitzung der Akademie berichtet der General-Prixier über Herstellung neuer Däsen in der Sahara mittels Erbohrung ergiebiger Brunnen. In der Wed-Rir genannten Umgebung von Tuagut, südlich von Bisztra, sind bis jetzt 117 mit Eisenrohren ausgestattete Brunnen und 500 weniger tiefe, mit Holzverkleidung, erbohrt worden. Zugaben liefern dieselben 4 Raummeter Wasser die Sekunde, ein Behälter der Wassermenge der Seine bei niedrigem Stande. Das Wasser kommt aus einer Tiefe von 70 bis 75 Metern und hat gewöhnlich 25 Grad Wärme. Die Brunnen sind nach einander seit dreißig Jahren gebohrt worden und bei keinem ist eine Verminderung der Wassermenge eingetreten. Dank der durch sie ermöglichten Bewässerung ist die Oasis Wed-Rir bedeutend vergrößert worden; ihr Wert hat sich vervielfacht, ihre Bevölkerung verdoppelt. In ziemlicher Entfernung von denselben sind inmitten der Sahara folgende fünf Däsen ganz neu durch Brunnenbohrungen entstanden: 1879 die Oasis Tala-em-Nude, 1881 Obris-Sajab; von 1882 bis 1886 Uir-Sidi-Gabia und Ahata, welche durch die Batain Gesellschaft hergestellt wurden. Diese hat seit 1881 sieben wasserreiche Brunnen gebohrt und 5000 Dattelpalmen gesetzt. Dattelpflanzungen ertragen bis 1000 Fr. den Hectar nach Abzug aller Kosten. Der Ingenieur Rolland, welcher die Gegend seit längerer Zeit durchstreift und viele Brunnen gesetzt hat, bezeichnet sie als ein zweites Ägypten, dessen Nil jedoch unterirdisch fließt und an die Oberfläche gehoben werden müßt.

[London, 28. Jan. [Chrysanthemus einer angehenden Schriftstellerin]] Mit Dora Sillit, eine achtzehnjährige Londoner Dame, sandte vor einigen Tagen einem englischen Blatte ein Fensterstück, welches ihr baldigst als Dokument hergestellt wurde. Die junge Dame nahm sich diesen abschlägigen Briefes sehr zu Herzen, daß sie einen Revolver kaufte, eine Ballistolte anlegte und sich am Abend des 24. d. M. in ihrem Zimmer erschoss. In einem hinterlassenen Briefe sagt die junge Dame: "Ich wollte mich über die Gewöhnlichkeit erheben, doch gleich beim ersten Versuche bricht mir mir die Flügel, und im Staub schleppen mag ich mich nicht."

[Petersburg,

Emma Duske's Leihbibliothek,
Nach v. Th. Entz., Beutlergasse 8,
empfiehlt sämmtliche Neuheiten, & B.: Evers, Nibraut, Stinde,
Frau Wilhelmine, Wider, großer Kurfürst.
Auf vielfaches Verlangen: Joh. Scherr, Menschliche Tragödie
(1732)

Heute wurde uns ein kräftiger Junge
geboren. (1791)
Hohenstein, den 30. Januar 1887.
G. Dan und Frau geb. Peters.
**Statt jeder besonderen
Meldung.**
Die Geburt einer Tochter beeindruckt
sich ergeben zu zeigen
Langfuhr 75, den 30. Januar 1887.
Gerichtsassessor Schmiede
(1844) und Frau.

Heute Morgen 7 Uhr wurde meine
liebe Frau von einem kräftigen
Knaben glücklich entbunden, welches
ich hiermit allen Freunden und Bekannten
anzeige.
Westlinien, den 30. Januar 1887.
(1812) Eugen Lebe.

Die Verlobung unserer Tochter
Auguste mit Herrn Emil Schulz
beeindruckt uns ergeben zu zeigen
Danzig, den 30. Januar 1887.
H. Dalmer und Frau.
Auguste Dalmer,
Emil Schulz,
Verlobte.

Heute entschlief nach längerem
Leben unsere threue herzlich geliebte
Groß-, Schwieger- und Urgroßmutter,
die verwitterte Frau General Consul
Johanna Normann,
geb. Saunton,
in ihrem kaum vollendeten 79. Lebens-
jahr. Um stille Theilnahme bitten
Die trauernden hinterbliebenen
Berlin, den 29. Januar 1887.

Pfandleih-Auction
Mittwoch, den 2. Februar cr.
Vormittag 9 Uhr, 3. Damm Nr. 10
bei Herrn Göts, über Kleider, Wäsche,
Betten, Uhren, Gold und Silber.

W. Ewald,
örtl. vereidigter Auctionator und
Gerichts-Taxator.

Dampfergelegenheit
nach
Rotterdam

Laboe, SS., medio Februar.
Newcastle of Tyne
Stormarn, SS., jetzt hier.
Wilh. Ganswindt.

Nach Leith
lader Dampfer
„Lotte“
Anfang Februar cr. (1716)
Güter-Anmeldungen bei
F. G. Reinhold.

Loose!
Allerletzte Ulmer Münsterbau-
Lotterie, Hauptgewinn Mark
75 000, a Mt. 3,50,
Kölner Dombau-Lotterie,
Hauptgewinn Mark 75 000,
a Mt. 3,50,
Marienburg. Schloßbaulotterie
a Mt. 3.
in haben in der

**Expedition der Dan-
ziger Zeitung.**
Kölner Dombau-Lotterie,
Ziehung unwiderruflich 10 bis
12. März cr., Loose a Mt. 3,50,
**Allerletzte Ulmer Münster-
bau-Lotterie,** Hauptgewinn
a Mt. 75 000. Loose a Mt. 3,50
Marienburg. Schloßbaulotterie
a Mt. 3.
1847

Ital. Buchführung,
Rechnen und Correspondenz
lehrt H. Hertel, Gr. Langgasse 43,
Barterre. (1814)

**Seine
Compots**
ebenso
Marmeladen
und
Gelées
empfiehlt billigst
Carl Studti,
Heilige Geistgasse 47,
Ecke der Kuhgasse. (1835)

Brüderlital Blumenfabrik, sowie
die anerkanntesten besten Conferenzen
jeder Art zu nachfolgend billigen
Preisen:

Ba. ff. Erbsen 2 Pfund-Dose 1,60 M.
" " 3 " 2,30 M.
" " 4 " 3,00 M.

" Erste Sorte Seif. " Stangenpaspel
1 1/2 Pfund-Dose 1,40 M.
2 " 1,75 M.
3 " 2,65 M.

Ba. Stangenpaspel 1 1/4 Pfund-Dose 2 M.
" " 2 " 2,70 M.
" " 3 " 3,85 M.

" Bruchspaspel 2 Pfund 1,60 M.
" " 3 " 2,10 M.

Schneidebohnen 2 Pfund 0,90 M.
" " 3 " 1,20 M.

empfiehlt die Obsthandlung J. Schulz,
Gr. Langgasse. (1836)

Brüderlital Blumenfabrik, sowie
die anerkanntesten besten Conferenzen
jeder Art zu nachfolgend billigen
Preisen:

Ba. ff. Erbsen 2 Pfund-Dose 1,60 M.
" " 3 " 2,30 M.
" " 4 " 3,00 M.

" Erste Sorte Seif. " Stangenpaspel
1 1/2 Pfund-Dose 1,40 M.
2 " 1,75 M.
3 " 2,65 M.

Ba. Stangenpaspel 1 1/4 Pfund-Dose 2 M.
" " 2 " 2,70 M.
" " 3 " 3,85 M.

" Bruchspaspel 2 Pfund 1,60 M.
" " 3 " 2,10 M.

Schneidebohnen 2 Pfund 0,90 M.
" " 3 " 1,20 M.

empfiehlt die Obsthandlung J. Schulz,
Gr. Langgasse. (1836)

Musik-Unterricht.
Aufnahme neuer Schüler: Theorie,
Klavier, Violin. (1823)

Weyher, Ippengasse 26.

Haarfärbemittel,

a Fl. A. 2,50,
halbe Fl. A. 1,25,
farbt sofort echt
in Blond, Braun
u. Schwarz, über-
trifft alles bis
jetzt Dagewesene.

Enthaarungsmittel,

A. A. 2,50, zur Entfernung der Haare,
wo man solche nicht gern wünscht, im
Zeitraum von 15 Min. ohne jeden
Schmerz und Nachtheit der Haut.

Ullione gegen Sommerproessen

und alle Unreinheiten der Haut, A. A.
2,50, halbe A. A. 1,50.

Barterzeugungspomade,

Dose A. 3, halbe Dose A. 1,50.

Allein echt zu haben beim Erfinder

W. Krauss in Köln, Eau de

Cologne, Parfümerie-Fabrik.

Sämtliche Fabrikate sind mit
meinen Schnuppern versehen.

Die alleinige Riederlage befindet
sich in Danzig u. Herrmann

Lindenberg, Langgasse Nr. 10.

Parfümerien

und

Toilette-Seifen

in gangbarsten Mustern und allen
Preislagen empfiehlt.

Hermann Lindenberg,

Drogerie - Parfümerie,
Langgasse 10. (1843)

Veilchen-Abfall-Seife,

Rosen-Abfall-Seife,

in ganz vorzüglicher Qualität, ver-
packt (3 Stück) 40 M. bei W. Unger.

Büttensfabrik u. Minerva-Drogerie.

Butter.

Feinste Centrifugen-Tafelbutter täglich.

frisch per Pfd. 1,20 M. empfiehlt

M. Wenzel, 1. Damm 11.

Gummiboots

werden unter Garantie reparirt

1810) Kunstrasse 1 bei Spitta.

Fräss

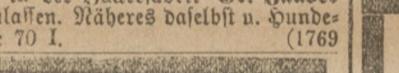
zu Festlichkeiten werden stets verliehen

Gr. Langgasse 36 bei A. Baumann. (1811)

Circa 150 Cubikmeter guter

gelöschter Haff

findt in der Zuckerfabrik Gr. Zündker
abzulassen. Näheres dafelbst u. Hunde-
gasse 70 I. (1769)

Oberschles.  Stein Kohlen
aus der

Zabrze O.S.

Anerkannt beste Qualität.

Ferner **Brennmaterialien**

aller Art empfiehlt zu üblichen Markt-

preisen und bitte um gütige Aufträge

Adolph Zimmermann,

Holzmarkt 23 und Schiffsasse 1

Dom. Gr. Saal

verkauft täglich Stangen 1. bis 4. Kl.

100, 70, 40, 10 M., Stobben 3 1/2.

Knickel 2 1/2, Stubben 1 1/4 M. pro

Mtr. Baubholz 25-35 M. pro Cbf.

Kiefernholz, bart an der Chanflee.

Die sehr berühmten Biehwagen, auf

4 Punkte wieged, sowie Decimawagen,

Kaffeedämpfer mit 3 läßiger

Garantie, vorrätig. Reparaturen

werden zu soliden Preisen aus-

geführt. **Wadewitz.** Decimawagen-
Fabrik. Heiligergasse 88 (1809)

Geschäftsverkauf.

Mein mit bestem Erfolg

betriebenes

Getreidegeschäft,

ohne Concurrenz

am Platze, beab-

sichtige ich unter sehr

günstigen Bedingungen zu

verkaufen. Lüdtigen jungen

Leuten wird hiermit die

seltsame Gelegenheit geboten,

eine wirklich gute Bro-

stelle zu erlangen.

Adolf Davidsohn.

1560) Seeburg.

Ein starker Kastenwagen wird für

alt zu kaufen gewünscht unter A. Z.

1785 in der Exped. d. Zeitung.

5000 Thlr.

werden zu 5 Proc. zur absolut sicheren

zweiten Stelle, innerhalb des reellen

Werths auf 5 bis 10 Jahre gehandelt.

Adressen unter Nr. 1393 in der

Exped. d. Sta. erbitten.

24 000 Thlr.

erststellige ländliche 5% Hypotheken,

vergleichende Posten, sind zu cedieren.

Notlectanten bel. Adressen unter

Matzlauswegasse. (1886)

empfiehlt die Obsthandlung J. Schulz,

Matzlauswegasse. (1792 in der Exped. dieser Zeitung abg.)

Am Mittwoch, den 2. Februar er. beginnt bei mir
wie alljährlich der Ausverlauf bei der Inventur zurück-
gesetzter Tapeten und Teppiche
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Tapetenreste

in größeren u. kleineren Posten gebe unter Kostenpreisen ab.

W. Manneck,

Gerbergasse Nr. 3.

(1815)

Liberale Wähler-Gesammlung in Deutsch Eylau.

Donnerstag, den 3. Februar er.,

Abends 5 1/2 Uhr.

im Fröhlich'schen Lokal.

Herr von Reibnitz

wird über die politische Lage und die bevorstehende Wahl sprechen.

Aufführung eines liberalen Candidaten.

Bildung eines Wahlcomité's.

Vorrätig bei **A. Trosien,** Petersiliengasse 6:

Aristofanes, übersezt v. Heinrich Voss, 3 Bde., A. 4,50. Aristophanes

von Ludwig Seeger, 3 Bde., A. 4,50. Ariadna's ratender Roland, überlebt v.

Gries,